



## Offener Brief von Rosa Luxemburg an die RAF, die RZ sowie die autonome und antiimperialistische Bewegung

### Eine Polemik

Der folgende uns zugesandte Text setzt sich mit den neueren Diskussionen um die Bestimmung revolutionären Kampfes in der BRD auseinander. Dies geschieht entlang der von Rosa Luxemburg um die Jahrhundertwende geführten Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Reformismus in der SPD. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe gut die Hälfte des Textes. Der restliche Teil, der die Polemik hauptsächlich entlang einer Betrachtung grüner Realpolitik führt, erscheint in ak 356.

Der folgende uns zugesandte Text setzt sich mit den neueren Diskussionen um die Bestimmung revolutionären Kampfes in der BRD auseinander. Dies geschieht entlang der von Rosa Luxemburg um die Jahrhundertwende geführten Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Reformismus in der SPD. Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe gut die Hälfte des Textes. Der restliche Teil, der die Polemik hauptsächlich entlang einer Betrachtung grüner Realpolitik führt, erscheint in ak 356.

### Liebe Freundinnen und Freunde,

mir wird Angst und Bange, wenn ich mir Eure *Begründung* beispielsweise dafür, daß die RAF bewaffnete Aktionen allenfalls noch "als ein Moment des Zurückdrängens" des Staates, aber "nicht als weitere Strategie" (1) will, durch den Kopf gehen lasse.

### Mißstand oder Prinzip?

Nicht, daß Ihr den deutschen Staat, der meine Ermordung mitzuverantworten hat, etwa so emanzipatorisch fändet. Nein, die meisten von Euch wissen und kritisieren, daß der deutsche Imperialismus den Ersten und den Zweiten Weltkrieg entfesselt hat; wissen um die Niederschlagung der November-Revolution 1918; wissen um Notstandsgesetze, Berufsverbote und Deutschen Herbst; wissen um die Umstrukturierung der Bundeswehr für Interventionen im Ausland, die Abschaffung des Asylrechts, die § 218-Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und vieles anderes mehr. Ja, Ihr kritisiert das. Nur wollt Ihr offensichtlich nicht (mehr) wahrhaben, daß diese von Euch abgelehnten "konkreten Mißstände"(2) keine Unglücksfälle sind und waren. Sie sind vielmehr im Prinzip bürgerlicher Staatspolitik enthalten. Und dieses Prinzip wird gegenwärtig *bei Euch* von wichtigen Leuten salonfähig gemacht. Ich werfe Euch nicht vor, daß Ihr neu über Eure Inhalte und Strategien diskutiert - das ist aus vielerlei Gründen notwendig -, sondern daß Ihr das in einer Weise tut, die erkennen läßt, wie sehr *Ihr* die Logik dieser "Realpolitik" bereits zur Grundlage *Eurer* Politik gemacht habt.

Beispielsweise, wenn die RAF es ablehnt (und die "Interim" diese Ablehnung begrüßt), zwischen "revolutionär" und "reformistisch" zu unterscheiden. (3) Beispielsweise, wenn eine RZ in ihrer Selbstauflösungs-Erklärung schreibt, daß ihre "Praxis (...) nie auf irgendeine Machtfrage" gezielt habe, und diese Haltung auch im Nachhinein als positives und auszubauendes Element ihrer bisherigen Politik bestimmt. (4) Beispielsweise, wenn selbst das sich weitgehend als kommunistisch verstehende Vorbereitungsplenum Eurer diesjährigen 1. Mai-Demo in Berlin schreibt, daß sich "historisch (...) auch revolutionäre Kämpfe immer an einigen wenigen zentralen - für sich genommen ‚reformistischen‘ - Forderungen aufgebaut (haben) und *nie* an dem ‚Willen‘, nun der Revolution zuzustreben und eine völlig neue Gesellschaftsordnung aufzubauen". (5) (Sicherlich, *allein* der revolutionäre Wille ist nicht entscheidend; aber ohne den Willen zum revolutionären Umsturz auch keine Revolution.) Oder wenn das "Autonome 1. Mai Plenum" - in Anbetracht Eurer Streitigkeiten in den letzten Wochen für mich recht überraschend - ganz ähnlich formuliert: "Revolution ist kein akademisch planbares Unternehmen, das in der Machtübernahme gipfelt. Sie ist vielmehr(?) ein lebendiger Prozeß (...) Der Weg ist das Ziel." (6) Und als bisheriger Höhe-, besser gesagt: Tiefpunkt: Wenn Autonome einen Polizeieinsatz beklatschen - teils in der Illusion, daß die Bullen "unsere Arbeit" erledigten, teils in dem offen erklärten Wissen, daß die Bullen "*ihre* Arbeit" machen; (7) also autonomer Beifall für die Verteidigung von "Recht und Ordnung", "euer Haudraufundscluß" als Euer Noske ("Einer muß den Bluthund spielen")? Kein Wunder deshalb, daß es in Hamburg eine "Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen" gibt, denen die staatlich inszenierten Lichterketten "näher als manche ‚altbekanntes‘ genossinnen und genossen" sind, die den affirmativen Charakter der Lichterketten kritisieren. (8) Fast bin ich geneigt zu glauben, daß die taz *nicht* lügt, wenn sie einen angeblichen Autonomen so zitiert: " ‚Opposition heißt für mich, sich mit und nicht gegen die Menschen zu wehren‘, meint Falko und fügt leise hinzu: ‚Stell dir vor, diese Linken regieren Deutschland.‘ " (taz, 16.3.1993, S. 5).

### Ein Streit um Wörter?

Ihr meint, der Beifall für die Bullen am 1. Mai sei ja von anderen kritisiert worden und ansonsten sollte ich mich mal nicht so haben und mich nicht an einzelnen Wörtern (Machtfrage - ja oder nein?) aufhängen? Ihr würdet Euer Ziel einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aufgeben, sondern nur einige Wörter fallenlassen, die durch eine sektiererische und/oder stalinistische Politik, die auch ich ablehnen würde, diskreditiert seien?

Kommt mir bitte nicht mit solchen Ablenkungsversuchen - an Eurem Streit um die Neubestimmung Eurer Politik\* ist *von den Grundlinien der Argumentation her*

so gut wie nichts neu; die meisten Argumente kenne ich bereits aus meinem Kampf gegen Eduard Bernstein und anderen, denen es gelungen ist, die SPD auf eine Politik allenfalls schrittweiser Veränderungen festzulegen. Dabei übersehe ich nicht, daß beispielsweise die RAF eine *andere Praxis* als Bernstein hat. Aber ich übersehe auch nicht, daß viele in Eurer Szene, deren *eigene* Praxis sich gar nicht so sehr von der Praxis Bernsteins unterscheidet, die neue Politik der RAF gut finden. Und ich übersehe auch nicht, daß sich -

wenn die frühe RAF recht damit hatte, daß es sich für Reformforderungen "nicht lohnt", sich den mit dem bewaffneten Kampf verbundenen Risiken auszusetzen (9) - eine Politik des militanten Reformismus nur begrenzte Zeit durchhalten läßt. Ihr wißt selbst am besten, wie viele in Eurer Szene einige Jahre lang äußerst militante Politik gemacht und sich dann aber zurückgezogen haben; ihren individuellen Frieden mit dem System gemacht haben, weil Militanz allein die fehlende revolutionäre *politische* Orientierung nicht ersetzen kann.

Vielleicht versteht Ihr das besser, wenn ich Euch ein wenig von meinem Kampf in der SPD erzähle, den ich bekanntlich verloren habe, u.a. auch deshalb, weil *selbst ich* zu sehr den SPD-Phrasen von Gesellschaftsveränderung usw. geglaubt habe.

Als ich 1898 mit 27 Jahren, aus Polen kommend, in die Sozialdemokratische Partei eintrat, war Eduard Bernstein gerade dabei, dem Bedürfnis bestimmter sozialdemokratischer Abgeordneter und Gewerkschaftsführer nach einer Revision der marxistischen Theorie Ausdruck zu geben. Sie sollte das rechtfertigen, was Bernstein für "die bedeutungsvollsten Fortschritte auf dem Gebiet der Praxis des politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeiterkampfes" hielt; (10) eine reformistische Theorie sollte einer reformistischen SPD-Praxis Legitimation verschaffen. Ihm voran gegangen war bereits im Jahre 1891 der bayerische SPD-Abgeordnete und *Realpolitiker*\*\* *Georg von Vollmar, der eigentliche Begründer des deutschen Reformismus. Mit seinen berühmten "Eldorado-Reden" vom 1.6.1891 in München hatte er zwar einen Sturm der Entrüstung in der SPD ausgelöst, aber er konnte auf eine wachsende Anhängerschaft verweisen. Ähnlich wie in Eurer Diskussion Hanna Cash schon 1991 (mit ihrem Plädoyer für das "Offene", für eine an "Werten" und "Ethik" orientierte Politik und ihrer Zurückweisung einer Kritik, die eine an der "Menschenwürde" orientierte Politik als reformistisch charakterisiert, sowie ihrem Vorschlag für einen Tausch von Einstellung des bewaffneten Kampfes und Zusammenlegung der Gefangenen), hatte sich Vollmar für eine reformistische Anpassung an das Bestehende\*\*\* und damit für eine Unterwerfung unter die bestehenden Verhältnisse stark gemacht.*

## Die Konzentration auf die "praktische Tagespolitik"

Er hat das sehr schön *philosophisch* und *methodologisch*

so verpackt: "Gewiß hat der vorwärtsstürmende, alles niederwerfende Gedanke sein Recht. Er ist notwendig, um (...) eine Idee rein darzustellen und für sie zu begeistern, ein *Endziel*

anzugeben, das auf den wechselnden Wegen die Richtung weist. Und dieser Gedanke wird um so weniger Gegengewicht finden, je mehr man ihn ausschließlich *auf das Gebiet der Theorie beschränkt* und von der Fleischwerdung zurückhält. Die Tat aber, die Übertragung des Gedankens in die Wirklichkeit, überspringt die Hindernisse nicht so leicht und schnell. Bisweilen hat es ja wohl große Krisen gegeben, wo die Geschichte einen plötzlichen Ruck machte und einen Sprung zu tun schien. Im Allgemeinen aber findet ein langsames, *organisches Entwickeln*

statt. (...) In dem Maße, in welchem wir einen unmittelbaren Einfluß auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten gewinnen, haben wir - *unter voller Aufrechterhaltung unsrer grundsätzlichen Bestrebungen* - unsre Kraft *auf die jeweils nächsten und dringendsten Dingen zu konzentrieren* (...) Worauf es ankommt, das ist, daß wir - *ohne unsre Endziele* und den Zusammenhang unsrer Forderungen im Mindesten *zu vergessen* - *auch praktische Tagespolitik treiben.*" (11)

So mußte man damals auftreten, wenn man die "grundsätzlichen Bestrebungen" für die reale = wirkliche Politik loswerden wollte.\*\*\* Bernstein *spitzte* diese Auffassung - ganz im Sinne Eures 1. Mai-Aufrufes - mit seinem bekannten Spruch *zu*, daß der Weg alles und das Ziel nichts sei. Auch Bernstein wollte damit, so sagte er jedenfalls, nicht ausdrücken, daß ihm die "endliche Durchführung sozialistischer Grundsätze" gleichgültig sei, sondern nur, "daß sich wichtige Epochen in der Entwicklung der Völker nicht überspringen lassen". (12)

*Indem Vollmar für sich in Anspruch nahm, "unsre Endziele" nicht "im Mindesten zu vergessen", aber zusätzlich "auch praktische Tagespolitik" machen zu wollen, unterstellt er uns, seinen KritikerInnen, wir würden keine Tagespolitik machen (wollen) und bloß auf die Revolution warten.*

Wir wurden als idealistische Narren abgekanzelt und des Verzichts auf reformerisch mögliche, praktische Erfolge bezichtigt. Wer dann in der November-Revolution die Barrikaden praktisch verteidigte und wer abwartete, oder gar aktiv gegen die Revolution Politik machte, brauche ich Euch nicht sagen; und wenn wir, meine GenossInnen und ich, bis dahin tatsächlich nur abgewartet hätten, dann hätte es die November-Revolution gar nicht erst gegeben. Selbst für die Beratungen im Reichstag hatte ich 1898 zugestanden (was heißt zugestanden? Ich *war und bin*

dieser Meinung), daß es bei Regierungsvorlage beispielsweise über die Militärpolitik nicht ausreicht, ihnen nur "ein kurzes und nacktes Nein entgegen(zu)setzen". Vielmehr müssen unsere Abgeordneten - so schrieb ich damals - "auf die jeweilige Vorlage eingehen, die Gründe erwägen, aus den *gegebenen*

konkreten Verhältnissen, aus der augenblicklichen ökonomischen und politischen Lage, nicht aus einem leblosen und abstrakten Prinzip heraus urteilen und argumentieren. Aber das Ergebnis muß und wird, wenn wir die jedesmaligen Verhältnisse und die Volksinteressen *richtig* beurteilen, ein *Nein* sein. Unser Losung ist: *Diesem* System keinen Mann und keine Frau und keinen Groschen!" (13)

## Die "Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" (Stalin)

*Aber merkt Ihr, wie sich die Argumente gleichen? Beispielsweise, wenn auch die RAF unterstellt, die Alternative zu ihrer neuen Politik sei, bis zur Revolution abzuwarten:*

"wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche entwicklung in bewegung zu setzen (...) also eine bewegung, die auch heute schon neue inhalte, werte und konkrete veränderungen schafft - denn das sind keine ziele, die bis auf die zeit ‚nach der revolution‘ verschoben werden können," schreibt die RAF in ihrer Erklärung vom Juni letzten Jahres. (14)

*Beispielsweise, wenn auch Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer sich den historischen Prozeß im Normalfall als "organisches Entwickeln" vorstellen:*

"um zu einer revolutionären entwicklung zu kommen, müssen wir eine menge akkumulieren. und dieses akkumulieren besteht aus

vielen kleinen schritten." (15) "also der kampf darum, in ein falsches leben immer größere momente des richtigen reinzuholen, bis die quantitative anhäufung qualitativ auf die alten systemverhältnisse umschlagen kann." (16)

*Beispielsweise, wenn auch Lutz Taufer folglich das, was er für revolutionäre Politik hält ("moral und ideal") auf historische Sprünge beschränkt, indem er schreibt: "die menschen handeln in revolutionärer zeit nach moral und ideal, ansonsten prüfen sie einen politischen prozeß danach, ob er ihr leben besser oder schlechter macht." (17)*

Und fällt Euch nicht auf, wie *billig*

eine Argumentation ist, die suggeriert, mit der Charakterisierung der eigenen Politik als praktisch oder Realpolitik einen *Vorzug* gegenüber einer anderen, offenbar unrealen, unpraktischen Politik aufgezeigt zu haben. Hing es Euch nicht zum Hals raus, wenn die KPdSU, die SED, die DKP etc. immer wieder das wesentliche "Argument" bemühten, ihr Sozialismus sei schließlich der "reale" gewesen? Und wißt Ihr von wem *das von Karl-Heinz Dellwo angeführte* Verständnis des Umschlagens von Quantität in Qualität stammt? Es war Stalin, der in seinem berühmten Dialektik-Kapitel in dem berühmten "Kurze(n) Lehrgang" der "Geschichte der KPdSU(B)" den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß als das "Ergebnis der Ansammlung unmerklicher und allmählicher quantitativer Veränderungen" auffaßte. (18) Der "Übergang von einer alten zu einer neuen Qualität" erfolge niemals "vermittels einer Explosion", sondern "durch eine allmähliche Ansammlung von Elementen der neuen Qualität". (19) (Genau *gegen* eine solche evolutionistische Vorstellung hatte allerdings Hegel ursprünglich dieses "dialektische Gesetz" vom Umschlagen von Quantität in Qualität formuliert. Und wir MarxistInnen haben es in diesem Sinne als revolutionäre Seite Hegels übernommen. Hegel schrieb: "Es hat sich (...) gezeigt, daß die Veränderungen des Seins überhaupt nicht nur das Übergehen einer Größe in eine andere Größe, sondern Übergang vom Qualitativen in das Quantitative und umgekehrt sind, ein Anderswerden, das Abbrechen des Allmählichen und ein qualitativ Anderes gegen das vorhergehende Dasein ist. Das Wasser wird durch Erkältung nicht nach und nach hart, so daß es breiartig würde und allmählich sich bis zur Konsistenz des Eises sich verhärtete, sondern es ist auf einmal hart." (20) Dies war die Verphilosophierung u.a. der von Stalin zu dieser Zeit in der Kommunistischen Internationale durchgesetzten Taktik von "Volksfront"-Bündnissen mit Teilen der Bourgeoisie. Auch für die Sowjetunion dekretierte er 1936 verfassungsmäßig das "Abstumpfen der Klassengegensätze" und gab den Staatsapparat, mit dem er diese tatsächlich eskalierenden Widersprüche auf repressive Weise austrug, als "Staat des ganzen Volkes" aus. Nach Stalins Tod wurde die Volksfront-Taktik auf die - Euch aus Euren Auseinandersetzungen mit DKP und SEW bekannte - Art und Weise "weiterentwickelt": friedlicher Übergang zum Sozialismus, antimonopolistische Demokratie, Aktionseinheit mit der SPD.

Doch ich wollte Euch ja von der Entwicklung der Sozialdemokratie berichten. 1891 noch, auf dem Erfurter Parteitag der SPD, wurden die Auffassungen Vollmars - besonders von den Parteigrößen Bebel, Singer, Liebknecht und auch Auer - rundweg abgelehnt. Sein Plädoyer für "Verhandlungen", für "Selbstbeschränkungen", für "Realismus" etc. konterte etwa der "Genosse Auer" u.a. mit den Worten: "Diese Selbstbeschränkung halte ich für gefährlich. - Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch *tatsächlich* dahin geführt, daß wir zweierlei *Programm* haben, *eins für den Alltagsbedarf und eins für den Sonntag*. Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden." (21)

## Die Hanna Cashs gehen jedem Bernstein voran ...

... die Georg von Vollmars jedem Lutz Taufer.

Trotz dieser *verbalen*

Abfuhr machte v. Vollmar leider Fortschritte. Überhaupt sind "für die modernen Bewegungen der Massen" - so ein russischer Anhänger Bernsteins zutreffend - "es immer die Vollmars, die den Bernsteins vorangehen". Diese Eigendynamik werden die neuen ReformistInnen in Euren Reihen sicherlich für sich zu nutzen wissen, wenn diejenigen unter Euch, die eine Anpassung an die herrschenden Verhältnisse vermeiden wollen, nicht illusionsloser mit den Zeugnissen *verbal* bleibender Kritik an der Anpassung umgehen, als ich das damals getan habe. Denn ich setzte seinerzeit zu viele Hoffnungen in die Wirksamkeit der gegen v. Vollmar und Bernstein gerichteten *Stellungnahme* des *Parteivorstands* (Bebel etc.) und des Chef-Ideologen Kautsky, obwohl "jedes Jahr, jeder Parteitag immer neue Fortschritte des *Evangeliums* der ‚praktischen Politik‘ zum Vorschein" (22) brachte und ehemalige Kritiker v. Vollmars die Seiten gewechselt hatten.

Und bei Euch geht der Anpassungsprozeß nicht weniger schnell: 1991 hatte der "AK Drinnen und Draußen Celle" das Hanna-Cash-Papier noch als "Aufgabe einer revolutionären Perspektive" verworfen; der "vorgeschlagene Wertekatalog" bedeute einen Rückfall "auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution". Der AK wußte: "Freilassung gibt's vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber, gibt's nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen schafft (...) die Idee von ‚Befreiung/Emanzipation‘ nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird." (23) Und: Die Situation der Gefangenen "ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen." Die von "Hanna Cash eingeforderte ‚politische Initiative‘" sei "nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation." (24)

Im Herbst 1992, ein gutes Jahre später, gehört der Arbeitskreis schon zu den BefürworterInnen einer "politischen Lösung" und generell der neuen Politik der RAF. (25) Allerdings legten sie damals, im Herbst 1992, noch auf die Feststellung wert, daß das, was vor der Selbstkritik der RAF "an Kritik am bewaffneten Kampf kam, (...) insofern nicht richtig ausgereift (war), als (...) die Argumente, die vorgetragen wurden zur Notwendigkeit der Einstellung des bewaffneten Kampfes, (...) sich nicht besonders unterschieden (haben), 1978 nicht besonders von denen von 1988 und 1988 von 1992, aber, und das wird aus der Erklärung der RAF und der der Gefangenen ersichtlich, im Unterschied dazu ist nun der Einstellung des bewaffneten Kampfes eine Analyse des veränderten Kräfteverhältnisses der letzten zwei bis drei Jahre vorausgegangen. Das gilt es eigentlich dabei zu reflektieren, daß nicht die Argumente, die schon immer gegen die bewaffnete Aktion in der BRD gefallen sind, jetzt zum Tragen kommen (...)" Und kein halbes Jahr später, im Frühjahr 1993, schreibt *der gleiche Arbeitskreis*

in einem Flugblatt über die frühen RAF-Aktionen und in Bezug auf die BRD-Verwicklung in den Vietnam-Krieg: "Dennoch wäre es leichtfertig, das Töten von Menschen damit einfach entschuldigen zu wollen" und bringt damit das abgeanderte aller Argumente gegen den bewaffneten Kampf in der BRD. In einem Papier eines Arbeitskreis-Mitgliedes, das von den anderen im Grundsatz geteilt wird, heißt es - im Gegensatz zur zitierten Position von 1991 - schließlich: Die Freiheit der politischen Gefangenen sei *nicht nur* zu erreichen, "wenn (...) eine revolutionäre Linke tatsächlich zur gesellschaftlichen Kraft wird", sondern auch dann, "wenn *in der Gesellschaft*

verankert wird, daß der bewaffnet geführte Kampf in der BRD ein politischer Fakt ist/war, dessen Konsequenzen hinsichtlich der Gefangenen einer politischen Lösung bedarf." (26) Heute wird betont, daß es um die "Anerkennung des Kräfteverhältnisses", um "gesellschaftliche Akzeptanz" gehe und freudig wird festgestellt, daß die Argumentation für eine "politische Lösung" "in der liberalen Medienöffentlichkeit auf partielle Zustimmung" stieß. (27) (In dem alten Papier war noch kritisiert worden, daß Hanna Cash "die Frage des ‚Kräfteverhältnisses‘ auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduziert".) (28) Mit diesem hier vorkommenden *an sich* positiven Begriff von Gesellschaft ("wenn *in der* Gesellschaft verankert werden kann") war ich in meiner Diskussion in der SPD schon um die Jahrhundertwende konfrontiert. Diesem naiven Gesellschaftsbegriff mußte ich damals und muß ich heute entgegenhalten, daß die heutige Gesellschaft eine "kapitalistische Gesellschaft" ist und daß deshalb in ihr "die kapitalistischen Interessen maßgebend sind". (29) Wieso sollte sich also "in *der* Gesellschaft" *ganz generell* Akzeptanz für eine "politische Lösung" erreichen lassen, die etwas anderes als die Aussöhnung mit dieser kapitalistischen Gesellschaft ist?!

## Der moralische Druck mit der Gefangenschaft

Außerdem konnte ich bereits 1899 feststellen, "daß gerade diejenigen Genossen (entschuldigt den traditionalistischen Ausdruck!), die sich für die sogenannte praktische Politik erwärmen, eine ganze Reihe von wichtigen Parteiposten einnehmen, was ihren Argumenten auch eine ausgedehnte Anwendung und Verbreitung sichert, sie haben nämlich eine Anzahl von Parteiblättern als *Redakteure* und eine Anzahl von parlamentarischen Tribünen als *Reichstags-* und *Landtagsabgeordnete inne*. Gerade da also, wo der eigentliche Parteikampf nach zwei Fronten - gegen die Regierung und die herrschenden Klassen sowie für Aufklärung der Arbeitermassen geführt wird, in der *Presse* und in der *Volksvertretung*, sind die Anhänger der opportunistischen Taktik am stärksten vertreten. Dieser Umstand ist es, der ihnen zu ihrer Stärke so unverhältnismäßig Einfluß und Bedeutung verschafft." (30)

Überwindet mal den Abwehrmechanismus, der regelmäßig bei vielen von Euch einsetzt, wenn ganz "traditionalistisch" von einer "Aufklärung der Arbeitermassen" die Rede ist, und überprüft, ob es in Euren Reihen nicht eine Hierarchie gibt, die der Machtstellung der Abgeordneten in der SPD *ähnlich* ist. Zwar habt Ihr keine Abgeordneten. Aber ist es nicht bei Euch so, daß viele (ehemalige) Gefangenen das Evangelium der "praktischen Politik" predigen und daß ihre Gefangenschaft als moralisches Druckmittel benutzt wird, um die neue Politik durchzusetzen? So beispielsweise, wenn in dem schon zitierten Papier aus Celle unterstellt wird, die Kritik an der Forderung nach einer "politischen Lösung" bedeute für die "Gefangenen wahrscheinlich wirklich ‚lebenslänglich‘". (31) So auch, wenn in einem Text in der "Swing" (Autonomes Rhein-Main-Info) Kritik an Knut Folkerts mit dem "Argument" abgewehrt wird, daß "ein Gefangener aus der RAF, der zu seiner Geschichte und zu seinen Zielen" - das ist ja gerade die Frage - "steht, (...) Begriff(e) nicht leichtfertig in den Mund nimmt" und schon das vermeintlich Richtige meinen wird. (32) Und auch Gisel Dutzi beruft sich für ihr Plädoyer für das, was heutzutage als "Praxis" verstanden wird, auf den "Rücken der Gefangenen": Die Kritik an einer sog. "politischen Lösung" sei eine "Position", mehr auf dem Metropolenmeinungsmarkt, ausgetragen auf dem Rücken von Gefangenen, der Guerilla, Leuten hier draußen, deren Sache nie einfach die ‚richtige Position‘ war und ist, sondern die eigene Praxis. Das sind ideologische Schlagabtausche." (33) Und wie sieht es bei Euch mit der Presse aus? Das Angehörigen-Info versucht leidlich, die Debatte kleinzukochen und eine Mittellinie zu fahren, während es natürlich *ausschließlich* die VertreterInnen der neuen Linie sind, die in Spiegel, NDR und Heute Journal sowie im Privatfernsehen zu Worte kommen; sind es *ausschließlich* die Erklärungen von RAF und Karl-Heinz Dellwo, die in taz und Frankfurter Rundschau gedruckt werden. - Und Ihr wißt, daß ich weiß, was es heißt im Knast zu sitzen (zwar nicht solange, wie Eure Gefangenen, nur 1907 und von 1915 bis 1918, mit einer kurzen Unterbrechung; angenehm war es trotzdem nicht). Aber ich habe aus meiner Inhaftierung nie die Schlußfolgerung gezogen, daß es richtig sei, "die Eskalation zurückzunehmen" (34). Befreit wurde ich 1918 von den November-RevolutionärInnen.

## Über "gesamtpolitische Verantwortung"

Ihr sollt 'raus aus dem aus dem "Ghetto" und 'rein in "die Gesellschaft" (Lutz Taufer) geführt werden, (35) was freilich nur deshalb Aussicht auf Erfolg haben kann, weil *Ihr selbst* Anknüpfungspunkte für diese "Verwandlung" in Eurem Denken und Handeln aufweist. Was findet Ihr denn so attraktiv an den von Euren StrategInnen eingebrachten Redensarten über "gesamtsocietische und gesamtpolitische Verantwortung" (Lutz Taufer) (36), daß es nicht mehr ausreicht zu entlarven, daß es gelte, "politikfähig" zu werden, + *wenn* Ihr weiter an der Notwendigkeit der Durchsetzung *Eurer Anliegen* festhaltet? Glaubt Ihr etwa, mit diesen Vorschlägen werde der Weg gewiesen, die von Euch proklamierte "umwälzung der zerstörerischen kapitalistischen verhältnisse" (37) *hinzukriegen*? Vielleicht ist ja meine alte Kritik an Bernstein angesichts der Entwicklung der russischen Revolution (die ich übrigens, wie Ihr wißt, viel früher und präziser kritisiert habe als Eure enttäuschten und deshalb "realistisch" gewordenen Weltverbesserer) ein bißchen blauäugig in der Frage der *politischen Macht*. Dennoch halte ich gegen alle "Resignierten" daran fest, daß der Spruch von Günter Grass: "Der Fortschritt ist eine Schnecke", der heute unisono von vielen bei Euch vertreten wird, nicht nur trostlos, sondern auch falsch ist und weiterhin meine Aussage gilt: "Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als kondensierte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch *die Zeitdauer*, sondern durch das *Wesen* verschiedene Momente." (38) Deshalb bedeutet die Beschränkung auf eine "gesellschaftliche alternative hier und heute" (RAF) (39)

*keine* grundsätzliche Alternative und auch "nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum *gleichen* Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten." (40)

Indem Bernstein also ein *anderes* Ziel als eine neue Gesellschaftsordnung anvisiert hatte, war er es, der die Frage "Sozialreform oder Revolution?" aufgeworfen hatte. Ich hatte nun meinerseits nicht eine andere Antwort - also beispielsweise Revolution statt Reform - auf die gleiche Frage gegeben, sondern Bernsteins Frage zurückgewiesen, indem ich auf den "unzertrennlichen Zusammenhang" zwischen Reform und Revolution hinwies. Dieser Zusammenhang besteht nämlich darin, daß wir RevolutionärInnen den Kampf um Reformen (als ein vorbereitendes Mittel) dem Zweck, der sozialen Umwälzung, der Aufhebung des Lohnsystems (41) und der Zerstörung dieses Staates (42) unterordnen.

## Das Programm wird aufgeschoben - auf unbestimmte Zeit

Nun sagt Ihr ja aber, daß Ihr Euch durchaus nicht dauerhaft auf "Veränderungen für das Leben heute" beschränken wollt, sondern "langfristig den Herrschenden die Bestimmung (...) entreiß(en)" wollt. (43) Aber gerade weil Ihr ausschließlich zwischen "kurz-" und "langfristig" unterscheidet und auch langfristig die Machtfrage *zumindest nicht ausdrücklich* stellt, sondern Ihr auf eine allmähliche Anhäufung von Veränderungen ("Akkumulation von vielen kleinen Schritten" - Lutz Taufer -, "quantitative Anhäufung" - K.-H. Dellwo) hofft, muß Eure Hoffnung ein frommer Wunsch bleiben. Denn "jeder Schritt" auf der Bahn der Sozialreform führt *nur dann* über diese Bahn hinaus und zum "sozialistischen Ziel" - so mußte ich schon den "Realpolitikern" meiner Zeit entgegenhalten -, "wenn die bewußte und feste Bestrebung zur Eroberung der politischen Macht dem gewerkschaftlichen und sozialreformerischen Kampfe als Leitstern *vorausgeht*." (44)

Ganz ähnlich wie heute die RAF haben Bernstein u.a. noch zu Lebzeiten von Marx und Engels argumentiert: "Man verstehe uns wohl", wir wollen nicht "ein Aufgeben unsrer Partei und unsres Programms, wir meinen aber, daß wir auf Jahre hinaus genug zu tun haben, wenn wir unsre ganze Kraft, unsre ganze Energie auf die Erreichung gewisser naheliegender Ziele richten, welche unter allen Umständen errungen werden müssen, bevor die Realisierung der weitergehenden Bestrebungen gedacht werden kann." (45) Marx und Engels haben darauf geantwortet: "Das Programm soll nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben werden - bis auf unbestimmte Zeit. Man nimmt es an, aber eigentlich nicht für sich selbst und für seine Lebzeiten, sondern posthum, als Erbstück für Kinder und Kindeskinde. Inzwischen wendet man seine ‚ganze Kraft und Energie‘ auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, damit es doch so aussieht, als geschehe etwas, und die Bourgeoisie nicht erschreckt werde." (46)

Wie gesagt, meine Freunde und ich haben den Kampf in der SPD damals verloren. Statt dessen hat sich die Richtung durchgesetzt, als deren "theoretischer Dolmetscher (...) innerhalb der Partei, und zwar als letztes Glied in ihrer geschichtlichen Entwicklung" (47) Eduard Bernstein aufgetreten ist. Und zwar mit Euch auch bekannten Argumenten schon 1896/97: "Die Kooperation, der politische Kompromiß macht keine Verleugnung, keine Abschwächung der eigenen Klassenforderungen notwendig. Man verbindet sich zu einem ganz bestimmten Zweck, ohne darüber hinaus gehende Verpflichtung (...)." (48)

Ich hatte dagegen schon 1899 befürchtet, daß Bernsteins Politik nicht einmal zu einer "ununterbrochenen Kette fortlaufender und stets wachsender Sozialreformen" führt. (49) Denn der "unversöhnliche, schroffe Klassenstandpunkt", der zunächst zumindest konsequente Reformen bewirken kann, wird mit der Zeit "immer mehr zu einer negativen Potenz, sobald unmittelbare praktische Erfolge den Hauptzweck bilden. Der nächste Schritt ist also eine Kompensationspolitik und eine konziliante, staatsmännische kluge Haltung," die schließlich dazu führt, "alles gehn zu lassen, wie's Gott gefällt". (50)

## Von der bedingten Verneinung zur unbedingten Bejahung

Leider hatte ich mit meiner Befürchtung recht behalten. Denn schon 1912 argumentierte Bernstein so: Die SPD habe zwar, in dem sie bestimmte Regierungsentscheidungen kritisiere, "*zunächst*" den Charakter einer "*bedingt* verneinenden Opposition". Sie müsse aber "ihre Stimmenmacht bewußt und systematisch für die eine oder gegen die andere Koalition in die Waagschale (...) werfen. Sie muß dann unter Umständen sich auf die Seite der Partei stellen, die gerade an der Regierung ist, womit ihr Einfluß *auf diese* Regierung, zugleich aber auch ihr *Interesse an ihr eine Steigerung* erfährt. *Selbst wenn* (!) sie behufs Wahrung ihrer *politischen Unabhängigkeit sich jedes* formalen Anschlusses an die *Regierungskoalition*, insbesondere also die *Beteiligung an Ministerien* enthält, erhält sie durch die Natur der Dinge etwas vom *Charakter einer Regierungspartei*. Das heißt, wird - um an die gebrauchte Wendung anknüpfen - nunmehr Partei der *bedingten Bejahung*." (51)

Das klingt logisch, werden einige von Euch sagen. Ist es auch, nämlich für Menschen, die dabei sind, *SozialdemokratInnen* zu werden. Andere werden sagen: "Jetzt geht sie aber wirklich zu weit; die Gefangenen und die Illegalen schon auf der Regierungsbank sitzen zu sehen, ist doch wirklich übertrieben." Aber überlegt einmal: Die RAF hat in ihrer Erklärung vom August letzten Jahres die herrschende Politik als "Wahnsinn" (52) charakterisiert und demgegenüber "sinnvolle Lösungen" (53) gefordert. Und auch Eva Haule meint in einem Brief "an eine genossin aus der hafenstraße": "und es ist genau, wie ihr gesagt habt (...),vernünftige lösungen`, darum gehts." (54) Und Irmgard Möller spricht sich für "ein rationelles moment in der auseinandersetzung zwischen den politischen gefangenen und dem staat" aus. (55) Wenn sich anscheinend alles auf den Gegensatz von Rationalität und Irrationalität reduziert, wenn es anscheinend keinen *Interessengegensatz* und keine Zwangsgesetze der kapitalistische Ökonomie und keine notwendige Funktionsweise des bürgerlichen Staates mehr gibt, ist dann nicht die logische Konsequenz, das "Vernünftige" *einfach zu tun* (statt einem "ominösen revolutionären projekt" (Lutz Taufer) (56) nachzujagen) - und nach Möglichkeit eben auch in der Regierung?!

Damit werdet Ihr aber schließlich zu einer "Partei der *unbedingten Bejahung*". Denn, wie ich in einer Kritik an französischen Reformisten schrieb, gibt es *in der Regierung*, im Gegensatz zum Parlament, nicht einmal eine formelle Opposition. Die Regierung hat

"die Ausführung der Gesetze, die Aktion zur Aufgabe (...), sie muß in allen ihren Gliedern stets handeln, sie muß deshalb (...) stets einen grundsätzlich gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort den Boden des bürgerlichen Staates (...) Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d.h. tatsächlich *kein* aktives Mitglied der Regierung zu sein - ein augenscheinlich unhaltbarer Zustand, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte -, oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich und stündlich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschinerie in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d.h. tatsächlich *kein Sozialist*, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes, zu sein." (57)

Ihr seht also, was von dem ursprünglichen Versprechen übrig bleibt, eine Politik, die den Kampf um Reformen nicht dem revolutionären Ziel unterordnet, bedeutet über eine punktuelle Übereinstimmung mit der Regierung hinaus keine weitere Verpflichtung ...

Sicherlich, Ihr *wollt* eine solche Entwicklung *nicht*; aber schon meine Kritik von 1899 an Bernstein & Co. zielte nicht, jedenfalls nicht hauptsächlich, auf deren verräterische *Absichten*.

Die gefährlichste Seite ihrer Theorien sah ich vielmehr "in ihren Konsequenzen, in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden." Zwar waren wir - seine *KritikerInnen* - uns damals einig, "daß das allgemeine letzte Ergebnis seiner Auffassung" die Aufgabe des Sozialismus wäre, "aber vor diesen Konsequenzen schreckt Bernstein zurück. Er beteuert, daß er weder dieses Ergebnis wünscht noch auf dasselbe hinarbeitet. Und er hat in gewissem Sinne recht, nämlich im subjektiven Sinne. Es wäre Wahnsinn, Bernstein die Absicht zuzuschreiben, die Arbeiterbewegung vernichten zu wollen. Im Gegenteil, er glaubt, ihr aufs beste mit seiner Auffassung zu dienen. Es kommt jedoch nicht darauf an, was Bernstein denkt und *will*, sondern was sich objektiv, abgesehen von seiner Person, aus seinen Theorien ergibt." (58) Was dies war, habe ich zu Beginn dieses Briefes aufgezählt: Kriegskredite, Notstandsgesetze, Berufsverbote, Stammheim '77, Abschaffung des Asylrechts, Abtreibungsverbot durch finanziellen Druck.

## "Praktische Politik" und Verlotterung der Theorie

Der *opportunistische* Ausgangspunkt, man müsse "den Massen(...) *unbedingt*(!) mit ‚positiven Errungenschaften` in der Hand kommen, sonst wird uns das Volk ‚nicht verstehen`", (59) der auch bei Euren BefürworterInnen der "praktischen Politik" eine entscheidende Rolle spielt, hat in der Geschichte der SPD alles weitere geprägt: die Verlotterung der Theorie (welche kein Wunder ist, denn die "Feindseligkeit gegen ‚die Theorie` (...) ist ganz selbstverständlich, denn unsere ‚Theorie`, d.h. die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus, setzen der praktischen Tätigkeit ebenso in Bezug auf die angestrebten *Ziele*, wie auch auf die anzuwendenden *Kampfmittel* wie endlich selbst auf die *Kampfweise* sehr fest Schranken. Daher zeigt sich bei denjenigen, die nur den praktischen Erfolgen nachjagen wollen, das natürliche Bestreben, sich die Hände frei zu machen, d.h. unsere Praxis von der ‚Theorie` zu trennen, von ihr unabhängig zu machen" (60), die Verharmlosung der Klassengegensätze, die Illusionsmacherei über mögliche Reformpolitik, das bedingte und schließlich unbedingte Ja zum bürgerlichen Staat. Eine Partei, die ihre Mitglieder und Anhänger so auf das "Evangelium" der "praktischen Politik" ausgerichtet hat, konnte schließlich dem "Ausbruch" des Ersten Weltkrieges nichts entgegensetzen. Und so *zeigt*

die Entwicklung der SPD auch denen, die sich davor drücken, über die immanenten Konsequenzen des "Evangeliums" der "praktischen Politik" *nachzudenken*, wie die weitergehenden Forderungen und Ziele auf der Strecke geblieben sind - eben nur die *rechtfertigenden Ideale* einer *anpaßlerischen Praxis* waren. Und überlegt einmal, wieso jetzt auch in Euren Debatten soviel über "Werte", "Ideale" usw. die Rede ist - weil es wieder eine Praxis gibt, die nicht selbst über das Bestehende hinausweist und deshalb ihrer Rechtfertigung durch höhere "Ideale" bedarf.

## Alles nur "Mißverständnisse"?

Aber Ihr meint, wie Gregor, (61) daß meine Kritik, wie ähnliche Kritiken zuvor, auf einem "Mißverständnis" (Gregor selbst setzt dieses Wort bezeichnenderweise in Anführungsstriche) der Position Eurer neuen PolitikerInnen beruht? Auch diese Ausflucht ("Mißverständnisse"), um einer inhaltliche "Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen" (62), ist leider nicht neu. (63) Schon ich war damit konfrontiert, daß meine Gegner "über jedes Ding nicht *eine* Meinung, wie die meisten Menschen, sondern mehrere Meinungen auf einmal (hatten), und man kann nie irgendeine (ihrer) Äußerungen in der Diskussion fixieren, ohne daß (sie) nicht in der Lage wäre(n), zur Deckung sofort eine entgegengesetzte Äußerung heranzuziehen." Und "das heillose Dunkel (...) hat ‚Methode`, es hat einen *politischen Grund*. Es ist dies jene Politik, die allen geben und niemandem nehmen, alle befriedigen und niemanden kränken, alle Differenzen verwischen, alle Widersprüche aussöhnen, alle Gegensätze in einem Meer sauer-süßlicher Beschwichtigungslimonade ertränken will." (64)

August Bebel sagte deshalb über von v. Vollmars Reaktionen auf die Kritik an seinen Eldorado-Reden: "Vollmar sieht sich genötigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genötigt, nachträglich noch eine zweite Rede zu halten, die als Interpretation der *ersten* Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben, muß er eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist." (65)

Und ich habe über Bernsteins Veröffentlichungen geschrieben: "Hier" - bei Bebel's Beschreibung der Reaktionen von v. Vollmars - "haben wir genau die Geschichte der Bernsteinschen Artikel in der ‚Neuen Zeit`, die er dann durch einen Brief an den Parteitag interpretieren mußte, worauf er ein Buch schrieb, um den Artikel und den Brief zu kommentieren, worauf wieder ein Artikel in der ‚Neuen Zeit` und im ‚Vorwärts` erfolgten, die das Buch vor Mißverständnissen verteidigen sollten, und nach alledem sieht sich Bernstein heute von seinen Kritikern ebenso gänzlich mißverstanden, wie es 1891 Vollmar war. Zwischen diesen beiden Endpunkten in der Entwicklung des Opportunismus, zwischen den ersten beiden Reden Vollmars und dem Buche Bernsteins, wiederholt sich das ‚Mißverständnis` regelmäßig bei jeder seiner Kundgebungen." (66)

Und bei Euch? In der Interim 231 schreibt Gregor einen Artikel, um die angeblichen "Lügen" (67) der Frauen aus Gießen

zurückzuweisen. Nachdem Anna und Arthur in der Interim 232 nachgewiesen hatten, daß die angeblichen Lügen durchaus der Wahrheit entsprechen, mußte Gregor in der Interim 233 behaupten, sie unterlägen "(dem)selben Mißverständnis" wie die Gießenerinnen. (68) Und all dies führte, nach zwei weiteren Stellungnahmen, nur zu Gregor erneuter These, "daß auch hier wieder Mißverständnisse eine Rolle spielen". (69)

## Warten auf die Illegalisierung?

Wenn alles nur "Mißverständnisse" sind, warum reden dann Eure VertreterInnen der "praktischen Politik" in keiner einzigen ihrer Kundgebungen mal Klartext, sondern wiederholen immer nur ihre eigenen "mißverständlichen" Formulierungen? Gregor antwortet darauf mit der Gegenfrage: "Welchen produktiven Wert" hat die "wiederholte Feststellung, daß die gesellschaftlichen Widersprüche ‚nur mit Gewalt/durch die gewaltsame Machtergreifung` gelöst werden können?" Auch diese Frage bekamen wir schon von v. Vollmar präsentiert: "Haben wir nichts Besseres zu tun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den *alten Katechismus* aufsagen?" (70) Bebel antwortete darauf, daß diese "Aufklärung der Massen über unseren Gegner (...) die Hauptaufgabe für unsere (...) Tätigkeit ist und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. (...). Das Ziel in seiner Gesamtheit ist die Hauptaufgabe und das andere Nebensache (...) Vollmar erklärt *umgekehrt* das große allgemeine Ziel als das vorläufig *Nebensächliche* und als *Hauptsache die nächsten praktischen Forderungen*". (71) Die "Aufklärung der Massen über unseren Gegner" und die Propagierung der "Hauptaufgabe", der Revolution, ist deshalb notwendig, weil wir "unseren Gegner" nur dann endgültigen schlagen können, wenn wir uns auf die Machtfrage *vorbereiten*. Denn es ist - wie die RAF im Konzept Stadtguerilla geschrieben hat -, "falsch (...), auf die Illegalisierung als Schicksalsschlag durch das System zu warten, weil Illegalisierung dann gleich Zerschlagung ist." (72)

## Über "Gerechtigkeit"

Ich will deshalb ein letztes dieser sog. "Mißverständnisse" anführen: Die RAF spricht in ihrer Erklärung zu Weiterstadt weiterhin nicht von der Herrschaft der Bourgeoisie über die ArbeiterInnenklasse, sondern von einer "herrschaft des kapitalistischen systems über *die* menschen", und sie votiert auf einmal für eine Bewegung, "die von (...) Gerechtigkeit" und "vom Kampf (...) gegen Armut bestimmt ist". (73) Auch das ist leider nicht so neu, für wie neu Eure neuen PolitikerInnen Ihre Vorstellungen halten. Vielmehr verstand schon "Bernstein unter Kapitalist nicht eine Kategorie der Produktion, nicht eine wirtschaftliche, sondern eine steuerpolitische Einheit, unter Kapital nicht ein Produktions Ganzes, sondern schlichthin Geldvermögen". "Indem Bernstein den Begriff Kapitalist aus den Produktionsverhältnissen überträgt und (so wie die RAF statt von ArbeiterInnen von Menschen spricht++) ‚statt von Unternehmern von Menschen spricht` (...), überträgt er auch die Frage des Sozialismus aus dem Gebiet der Produktion auf das Gebiet der Vermögensverhältnisse, aus dem Verhältnis von *Kapital und Arbeit* in das Verhältnis von *reich und arm*" (74) und macht aus der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise eine Frage der "gerechten", "gerechteren", ja "noch gerechteren" Verteilung. (75) "Damit sind wir von Marx und Engels glücklich auf den Verfasser des Evangeliums des armen Sünders zurückgebracht." (76) "Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung, wenigstens bei den Volksmassen, ist freilich *auch* die ‚ungerechte` Verteilung der kapitalistischen Ordnung. Und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, erstrebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch eine ‚gerechte` Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Nur richtet sie ihren Kampf, dank der von Marx gewonnenen Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im *Rahmen* der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die *sozialistische Verteilung* durch die Beseitigung der *kapitalistischen Produktionsweise* herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist; er will die kapitalistische Verteilung bekämpfen und hofft, auf diesem Weg allmählich die *sozialistische Produktionsweise* herbeiführen zu können." (77)

So meint denn auch Helmut Pohl, daß die Forderung, "daß das geld, die technologie rüber (d.h.: in den Trikont, R.L.) müssen", schon "diese alten vorstellungen von revolutionär und reformistisch" sprengt. Deshalb sei die Forderung nach Zerschlagung des IWF "mist". Vielmehr solle beispielsweise eine demokratisierte UNO die "umverteilung der finanziellen, technischen usw. ressourcen" organisieren. (78) So wird auch bei Euch suggeriert, daß sich mit einer Umverteilung mehr als reformerische Effekte bewirken ließen.

### Anmerkungen:

\* Ich beziehe mich im folgenden neben verschiedenen veröffentlichten Texten auch auf zwei halb-öffentliche Texte, die in Euren Zusammenhängen kursieren. Ich mache dies, weil ich schon in meiner Auseinandersetzung mit Bernstein damit konfrontiert war, daß die "gefährlichste Seite" seiner Theorien "in ihren Konsequenzen" bestand, "in dem, was sich aus ihnen für die Bewegung ergibt, wenn sie zur vollen Reife entfaltet werden". Aber davor, diese letzten Konsequenzen offen auszusprechen, "schreckt(e) Bernstein zurück. (...) Die Tatsache, daß Bernstein die Konsequenzen seiner Auffassung nicht ziehen will oder nicht sieht und auf halbem Weg stehen bleibt, ist die Quelle von zahlreichen Mißverständnissen geworden." Aber das Mißverständnis liegt - wie Geschichte inzwischen leider bestätigt hat - "nicht auf seiten derjenigen (...) die das Versteckte in seinen Theorien hervorkehren und ihn als einen Abtrünnigen bekämpfen, sondern umgekehrt auf seiten derjenigen, die seine Worte und Beteuerung für beweiskräftig halten und in seinen Theorien ‚nichts Neues` vom Standpunkt der Parteigrundsätze sehen." (Rosa Luxemburg, *Zum kommenden Parteitag* (1899), dies., *Werke*, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 516-536 [522]). Deshalb will ich mich nicht erneut mit derartigen Beteuerungen abspesen lassen, sondern wenigstens jene letzten Konsequenzen hier zitieren, die von Euren neuen PolitikerInnen schon selbst gezogen worden sind - wenn auch ‚im kleinen Kreis`, als ‚Privatmeinung` etc. "Das Private ist politisch!" wie Ihr heutzutage sagt. - Daß ich aus diesen halb-öffentlichen Texten zitiere, mußte eigentlich auch im Interesse Eurer neuen PolitikerInnen sein. Denn Lutz Tauber begründete das Öffentlichmachen einer Diskussion, die die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung zunächst nur mit den Gefangenen führen wollte, mit einer (eine spezielle Situation prinzipiell zu pauschal verallgemeinernden, aber im konkreten Fall doch richtigen) Verallgemeinerung so: "politik ist was, was grundsätzlich im öffentlichen raum stattzufinden hat." "eine unserer forderungen in stockholm war, daß die verhandlungen öffentlich geführt werden." (Brief von Lutz Tauber an die Tübinger Initiative in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32-37 [37]).

\*\* Der Begriff der "Realpolitik" geht auf den ehemaligen 1848er Revolutionär Ludwig August von Rochau zurück, der diesen Begriff prägte, als er zum Bismarck-Anhänger wurde: "Realpolitik bewegt sich nicht in einer *nebelhaften Zukunft*, sondern im Gesichtskreis der *Gegenwart*, sie findet ihre Aufgabe (...) in der Erreichung *konkreter Zwecke*, und sie weiß sich, *unter allem Vorbehalt*, mit halben Resultaten zu begnügen, wenn *die ganzen nun einmal bis auf weiteres nicht zu haben sind*. (...) Es ist ihr eine Gewissenssache, die Menschen und die Dinge so zu sehen, wie sie sind, und demgemäß nur zu wollen, was sie kann." [*Grundsätze der Realpolitik - angewandt auf die staatlichen Zustände Deutschlands* (1853/1869), Frankfurt/Berlin/Wien, 1972, [208], zitiert nach Wolfgang Kraushaar, *Realpolitik als Ideologie*. Von Ludwig August von Rochau zu Joschka Fischer, in: 1999, Heft 3/1988, 79-137 (106) - Hervorhebungen von mir, R.L.). Wolfgang Kraushaar gibt ebd., 107, 133 f. folgende, ebenfalls bis heute noch gültige *kritische* Definition der "Realpolitik": "Sie ist anti-demokratisch (massenfeindlich); sie lehnt "alle Gesellschaftsentwürfe (ab), die nicht dem Bestehenden verhaftet bleiben (...) und sie ist antisozialistisch, weil der Gedanke an eine soziale Revolution die größte Gefahr für die deutsche Nationalpolitik" - die *Gesellschaft* - "darstellt."

\*\*\* Auch Hanna Cash ging es erklärtermaßen um Anpassung. Sie erklärte ihre ethisches Politikkonzept ausdrücklich deshalb für richtig, "weil das (die Ethik, R.L.) auf konservativ-reaktionärer Seite selbstverständlich ein ganz wichtiges Kampffeld um die Herzen und Köpfe der Menschen ist." (Hanna Cash, *Auf ins Offene!* Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF, Beilage zum AK 329, 8.4.1991, 1-4 [4]). RevolutionärInnen müssen aber häufig, und so auch hier, das herrschende Terrain verlassen, um ihren Kampf führen zu können.

\*\*\*\* Diesen Gedanken hatte zuvor schon Rochau, a.a.O. (Anm.\*\*), 255 zitiert nach Kraushaar, a.a.O. (Anm.\*\*), 111 entwickelt: Der sog. "politische Idealismus gehöre in den Bereich der Theorie. Seine Emanationen seien ‚Turnübungen des politischen Geistes`, die eine positive Funktion nur in der ‚Rolle eines Vorläufers und Bahnbrechers` spielen könnten." Die "praktische Politik" sei demgemäß nicht die Verwirklichung eines solchen - eben auf den Bereich der Theorie beschränkten! - "spekulativen Systems"; die "Staatskunst" sei vielmehr die "Kunst des Erfolges". Daß eine solche pragmatische (praktizistische) Verdrehung der marxistischen These vom Primat der Praxis nicht nur mit einer reformistischen, sondern auch mit einer revolutionaristischen Politik einhergehen kann, hat die RAF im Konzept Stadtguerilla bewiesen: "Die Rote Armee Fraktion redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich; ob es möglich ist, ist nur praktisch zu ermitteln." [*Rote Armee Fraktion, Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5-13 (9)].

+ Brief von Lutz Taufer vom Januar 1992, S. 4: "hauptaufgabe des jahres 1992 für uns war nicht, diesen minister oder jenen geheimdienstklüngel als unmoralisch oder unehrlich zu entlarven, um daraus eine legitimation für jenes ominöse revolutionäre projekt zu saugen, das ansonsten keine erkennbaren eigenschaften besitzen würde." Wer ein solches projekt verfolge, müsse "sich fragen lassen, ob er überhaupt noch *politikfähig*

ist." Entsprechend auch das Papier "Einige Anmerkungen...", S. 1: "In den Diskussionen noch vor der RAF-Erklärung" und nach der sog. Kinkel-Initiative "wurden die Gruppen am ehesten *handlungsfähig*, denen jetzt politische Blauäugigkeit vorgeworfen wird." Und schließlich die Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen: "die linke hat die entlarvung der gesellschaftlichen verhältnisse als politisches mittel verloren (...) die initiativen aus der vergangenheit sind zur zeit *weder politik- noch kampffähig*, zum teil noch nicht einmal willens." [Initiative..., a.a.O. (s. 8), 6 f.]. Joschka Fischer u.a. schrieb 1988 in ihrem "realpolitischen Manifest" (ich werde Euch weiter unten im Haupttext noch etwas genauer über diesen grünen Anpassungsprozeß berichten): "*Politikfähig*" sind diese parteistrukturen der GRÜNEN "schon lange nicht mehr, neuerdings erweisen sie sich kaum noch als *protestfähig*." [Joschka Fischer u.a., Sein oder Nichtsein, in: Sein oder Nichtsein. Entwürfe für ein realpolitisches Manifest, Juni 1988, 3-12 (3)].

++ Für die politische Konsequenz ist es durchaus gleich, ob die *sprachliche Eliminierung des Antagonismus* damit *beginnt*, statt ‚ArbeiterInnen‘ oder statt ‚KapitalistInnen‘ ‚Menschen‘ zu sagen. - Mit der sprachlichen Eliminierung des Antagonismus folgt die RAF - bewußt oder unbewußt - dem theoretischen Bezugspunkt vieler Elemente ihrer neuen *und* alten Theorie: der ‚Verdinglichungs-Theorie‘ von Georg Lukács. Danach bedeutet der "Unterschied, daß der Arbeiter der einzelnen Maschine, der Unternehmer dem gegebenen Typ der maschinellen Entwicklung, der Techniker dem Stand der Wissenschaft und der Rentabilität ihrer technischen Anwendung gegenüber stehen muß (...) eine bloß quantitative Abstufung und unmittelbar keinen qualitativen Unterschied" in der Verdinglichung deren Bewußtseins (Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, in: ders., Werke, Band 2, Neuwied/Westberlin, 1968, 161-517 [273] zit. nach Argument-Sonderband 40 (*Theorien über Ideologie*), Westberlin, 1979, 51). So werden die *Widersprüche in der Gesellschaft* in Widersprüche zwischen Mensch und Maschine umdefiniert. - In diesem Kontext erklärt sich auch der positive Bezug, den die RAF in ihrer April-Erklärung auf "Vertreter aus der Wirtschaft" nimmt, die angeblich "Druck" für eine "politische Lösung" machen (RAF, Interim 189, 5).

#### Quellen:

- 1) Rote Armee Fraktion, *Wir müssen das Neue suchen*, Beilage zur Konkret 9/1992, 1-8 (S. 7, Sp. II).
- 2) Gregor, *An die Frauen aus Gießen, die den Text geschrieben haben, der in der Interim Nr. 229, vom 25.2.93 abgedruckt ist!*, in: Interim, Nr. 231, 11.3.1993, 3-5 (4).
- 3) RAF, a.a.O. (s. 1), S. 5 Sp. I; dazu die Zustimmung im Vorwort der Interim, Nr. 206, 10.9.1993, 2 und jetzt die Bekräftigung der RAF in ihrer Erklärung zu "Weiterstadt", in: Interim, Nr. 235, 8.4.1993, 11-17 (13).
- 4) Revolutionäre Zellen, *"Das Ende unserer Politik"*, in: Konkret 3/1992, 32-36 (34). Demgegenüber verwiesen einige Ex-RZ-lerInnen ("Wenn die Nacht am tiefsten ...") in der Interim, Nr. 187, 2.4.1992, 24-28 (26) darauf, "daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß." Sie geben allerdings zu, "daß das auch in den RZ's allzuoft nicht klar war."
- 5) *Ergebnisse des 1. Vorbereitungstreffens für die revolutionäre 1. Mai-Demo vom 29.1.1993*, in: Interim, Nr. 228, 18.02.1993, 18-19 (19) - Hervorhebung von mir, R.L.
- 6) Autonomes 1. Mai Plenum, *Auf zu neuen Ufern*, in: Interim, Nr. 237, 22.4.1993, 12 (12).
- 7) euer Haudraufendschluß, AUTONOMER BEIFALL für die BULLEN?, in: Interim, Nr. 240, 13.5.1993, 8 (8): "Und ich finde es schade, daß sich der Schreiber (S. 12) für sein Gefühl der Erleichterung, daß die Bullen eingriffen, schämt. (...) Was beschämt dich daran, daß die Bullen, wie du schreibst, 'unsere Arbeit' machen, 'weil wir nicht mehr weiter wissen'? Natürlich wissen wir weiter! Und die Bullen machen nicht UNSERE, sondern IHRE Arbeit (...)."
- 8) *Diskussionsbeitrag der Veranstaltungsgruppe*, in: Initiative zur Befreiung der politischen Gefangenen (Hg.), "Die Würde des Menschen ist antastbar" (Ulrike Meinhof). Beiträge von der Veranstaltung am 29.1.93 in Hamburg, S. 6-8 (7).
- 9) Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), Köln, 1988, 5-13 (9): "ökonomistischer Dreck", für den es sich "nicht lohnt, den revolutionären Kampf aufzunehmen *und zum Sieg zu führen*, wenn ‚siegen heißt, prinzipiell akzeptieren, daß das Leben *nicht* das höchste Gut des Revolutionärs ist‘ (Debray)." (Hervorhebungen von mir, R.L.).
- 10) Eduard Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*, Hannover, 1964, 28.
- 11) Georg von Vollmar, *Eldorado-Rede*, in: Iring Fetscher (Hg.), *Der Marxismus*. Seine Geschichte in Dokumenten. Band III, München, 1965, 230, 231, 233 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- 12) Bernstein, a.a.O. (s. 10), 9.
- 13) Rosa Luxemburg, *Possibilismus, Opportunismus* (1898), in: dies., Werke, Band 1/1, 228-230 (229).
- 14) Rote Armee Fraktion, *Wir grüßen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration und des internationalen Gegenkongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München*, in: Interim, Nr. 201, 9.7.1992, 14-18 (17).
- 15) Lutz Taufer, *Gesellschaft oder Ghetto*. Brief vom Januar 1993 (veröffentlicht von der Frankfurter Info-Stelle), S. 8.
- 16) Brief von Karl-Heinz Dellwo vom 8.9.1992, S. 4.
- 17) Brief von Lutz Taufer an die Tübinger Initiative für die Zusammenlegung, in: Interim, Nr. 180, 13.02.1992, 32-37 (33).
- 18) Stalin, *Werke*, Band 15, Frankfurt am Main, 1972, 134.
- 19) J.W. Stalin, *Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft*, Berlin/DDR, 1954, 5 (34) zitiert nach *Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 6, Westberlin, 1987, 1099.
- 20) G.W.F. Hegel, *Wissenschaft der Logik*, in: ders., Werke, Bd. III, Berlin, 1833, 450 f. zitiert nach Lenin, Werke, Band 38, 115 f., vgl. ebd., 94, 272, 339.
- 21) Rosa Luxemburg, *Zum kommenden Parteitag* (1899), dies., Werke, Band 1/1, Berlin/DDR, 1974, 532.
- 22) Luxemburg, a.a.O. (s. 21).
- 23) AK (Drinnen und Draußen), *"Auf ins Offene? Achtung: Sackgasse!"*, in: Interim, Nr. 161, 19.9.1991, 10-12 (10).
- 24) AK (Drinnen und Draußen), a.a.O. (s. 23), 11. Allerdings gab es schon damals viel Geschwafel über "Neue Subjektivität", "die Menschen", "Antizipation befreiter Formen zwischenmenschlichen Verkehrs" u.a. (ebd., 12).
- 25) Kommunikationsprojekt Celle "Power durch die Mauer" (Interview mit dem "AK Drinnen und Draußen" in der Zeitschrift *Brennpunkt* Okt./Nov. 1992, nachgedruckt, in: Angehörigen-Info, Nr. 111, 28.1.1992, 2-4: "(...) wir haben den Schritt der RAF begrüßt (...) Allerdings gibt es (...) bei uns *leise* Kritik an der Argumentationsweise (...). was aber jetzt für uns *nicht* das Entscheidende ist." (S. 2f - Hervorhebungen von mir, R.L.) "(...) materiell die Basis erreicht, auf der eine *politische Lösung*, d.h. die Freiheit für alle politischen Gefangenen in absehbarer Zeit, gesellschaftlich verankert und durchgesetzt werden kann." (S. 4 - Hervorhebung von mir, R.L.)
- 26) Einige Anmerkungen zu "Die KGT-Initiative und wir - ein Rückblick", S. 1 - Hervorhebung von mir, R.L.
- 27) Einige Anmerkungen ..., S. 2 und 3.
- 28) AK (Drinnen und Draußen), a.a.O. (s. 23), 11.
- 29) Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution?* (1899), in: dies., Werke, Band 1/1, 367-466 (399).
- 30) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 533.
- 31) Einige Anmerkungen ..., S. 3.
- 32) *Das Neue zu denken erlernen*, in: Swing, Nr. 49, Februar 1993, 42f (42).
- 33) Angehörigen-Info, Nr. 114, 10.3.1993, 6.
- 34) Rote Armee Fraktion, *Erklärung vom 10. April 1992*, in: Interim, Nr. 189, 16.4.1992, 4-6 (5).
- 35) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993.
- 36) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 1.
- 37) RAF, *Weiterstadt*, in: Interim, Nr. 235, 8.4.1993, 11-17 (11).
- 38) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 428.
- 39) RAF, a.a.O. (s. 34), 4.
- 40) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 429.



- 41) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 369.
- 42) Rosa Luxemburg, *Rede über das Verhältnis des trade-unionistischen zum politischen Kampf auf dem SPD-Parteitag 1898 in Stuttgart*, in: dies., *Werke*. Band 1/1, 238-241 (241).
- 43) RAF, a.a.O. (s. 34), 4.
- 44) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 402.
- 45) Karl Höchberg/Eduard Bernstein/Karl August Schramm zit. n. Karl Marx/Friedrich Engels, *Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u.a.*, in: MEW 19, 150-166 (162).
- 46) Karl Marx/Friedrich Engels, a.a.O. (s. 45), 162.
- 47) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 531.
- 48) zitiert nach Fetscher, a.a.O. (s. 11), 238.
- 49) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 402.
- 50) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 403.
- 51) zitiert nach Fetscher, a.a.O. (s. 11), 248.
- 52) RAF, a.a.O. (s. 1), S. 8, Sp. III.
- 53) RAF, a.a.O. (s. 1), S. 8, Sp. II.
- 54) Brief von Eva Haule vom Mai 1991, in: AK Drinnen und Draußen Celle (Hg.), *"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß" (Lukács)*. Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1992, Köln, 1992, 9, 13f (13).
- 55) Irmgard Möller, *Erklärung vom 15.4.1992*, in: AK Drinnen und Draußen, a.a.O. (s. 54), 83.
- 56) Brief von Lutz Taufer vom Januar 1993, S. 4.
- 57) Rosa Luxemburg, *Eine taktische Frage* (1899), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 483-486 (484 f.).
- 58) Luxemburg, a.a.O., (s. 21), 422.
- 59) Rosa Luxemburg, *Das Offiziösentum der Theorie* (1912/1913), in: dies., *Werke*. Band 3, 300-321 (315).
- 60) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 441.
- 61) Gregor, *An Anna und Arthur, wg. der Diskussion um den Text der Frauen aus Gießen aus Interim 229f*, in: Interim, Nr. 233, 25.03.1993 33f (34).
- 62) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 521.
- 63) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 460, 519.
- 64) Rosa Luxemburg, *Erörterung über die Taktik* (1898), in: dies., *Werke*. Band 1/1, 257-263 (262, 263); vgl. auch Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 462: "Schade, daß Genosse Schippel in dem kaleidoskopischen Wechsel seiner ökonomisch-politischen Sympathien jedesmal mit seinen Neigungen von gestern so gründlich bricht, daß ihm nicht die leiseste Erinnerung bleibt."
- 65) zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 521.
- 66) Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 521.
- 67) Gregor, a.a.O. (s. 2), 3.
- 68) Gregor, *Nochmal - zum letzten Mal*, in: Interim, Nr. 236, 15.04.1993, 30-32 (34).
- 69) Gregor, a.a.O. (s. 68), 31.
- 70) zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 524 f.
- 71) zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 21), 523.
- 72) RAF, a.a.O. (s. 9), 12.
- 73) RAF, a.a.O. (s. 37), 12, 17 - Hervorhebungen von mir, R.L.
- 74) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 412.
- 75) Bernstein zitiert nach Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 420.
- 76) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 412.
- 77) Luxemburg, a.a.O. (s. 29), 420 f.
- 78) Brief von Helmut Pohl vom Januar 1992, in: AK Drinnen und Draußen (Hg.), a.a.O. (s. 54), 17.

---

© a.k.i Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg  
Weiterveröffentlichung in gedruckter oder elektronischer Form bedarf der schriftlichen Zustimmung von a.k.i.

Auf Kommentare, Anregungen und Kritik freuen sich **AutorInnen und ak-Redaktion**

**analyse+kritik**

ak - Zeitung für linke Debatte und Praxis

[www.akweb.de](http://www.akweb.de) E-Mail: [redaktion@akweb.de](mailto:redaktion@akweb.de)